

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort

TOP 21+23 – Bildungsgipfel

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Angelika Birk:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Der Gipfel der Kleingeisterei

Nr. 401.08 / 13.11.2008

Gestern haben bundesweit 100.000 Schülerinnen und Schüler für längeres gemeinsames Lernen, für mehr Lehrer, gegen das Turboabitur und gegen Studiengebühren protestiert. Recht haben sie.

Bildungsarmut, Integration, Fachkräftemangel und demographischer Wandel fordern eine abgestimmte Bildungspolitik zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Deshalb hat die Kanzlerin einen Bildungsgipfel einberufen – aber der Gipfel entpuppte sich als eine reine Show. Er hat die Erwartungen zur Stärkung des Bildungssystems in Deutschland nicht erfüllt.

Unser Ministerpräsident hat im Vorfeld die Mitfinanzierung des Bundes für Schulmittagessen und Schulsozialarbeit gefordert. Beides ist auf dem Gipfel nicht konkretisiert worden, der Ministerpräsident lobte ihn trotzdem, Frau Ministerin Erdsiek-Rave und der Abgeordnete Weber stellen hingegen fest: Für die Bildungspolitik in Deutschland fehlt die Road-Map.

Trotz aller Widersprüche des Schulgesetzes entstehen hierzulande mehr Gemeinschaftsschulen als irgendwo sonst in Deutschland. Inzwischen zeigen Meinungsumfragen: Längeres gemeinsames Lernen hat eine Mehrheit. Bringt die Landesregierung diese Forderung nach längerem gemeinsamem Lernen in den strategischen Beratungsprozess zum Bildungsgipfel ein? Bisher ist davon wenig zu hören.

Einigkeit in der Landesregierung besteht immerhin bei dem Ziel Ganztagschule und auch darin, in Kitas und Schulen für alle Kinder eine gesunde Mittagsverpflegung vorzuhalten und Schulsozialpädagogik einzurichten. Eine realistische Möglichkeit, die Bundesebene in die Finanzierung einzubeziehen ergibt sich offenbar über die Jugend-

und Sozialpolitik, zu der die Mittagsverpflegung und die Schulsozialarbeit gezählt werden. Bisher jedenfalls – dies zeigen die ersten Erfolge zu den Beschlüssen des Krippenausbaus – sind die Länder hier eher als im Kernressort der Schulpolitik bereit, Finanztransfers zwischen Bund und Ländern zuzulassen. Hier nehmen wir den Ministerpräsidenten beim Wort und erwarten entsprechende Initiativen im Bundesrat.

Wenden wir uns dem Übergang von der Schule zur Ausbildung zu: In Deutschland leben vier Millionen Menschen, die als funktionale Analphabeten nicht gut genug lesen und schreiben können, um im Alltag und im Beruf zu bestehen. Jahr für Jahr verlassen 80.000 Jugendliche die Schule ohne einen Abschluss. Jeder dritte Jugendliche mit Migrationshintergrund bekommt keinen Ausbildungsplatz. Fast 400.000 Jugendliche „verschwinden“ im Übergangssystem zwischen Schule und Beruf. Die meisten von ihnen blieben ohne Chance auf eine qualifizierende Ausbildung.

Deutschland galt mit seiner dualen Ausbildung anderen Ländern lange als Vorbild. Das System hat jedoch über die Jahrzehnte stark an Integrationskraft verloren. Nur noch 60 Prozent aller Ausbildungsplatzbewerber schaffen es überhaupt in eine reguläre Ausbildung. Die anderen landen in Übergangsmaßnahmen ohne anerkannten Abschluss. Verschärft wird die Situation zusätzlich durch massenhaft fehlende Studienplätze und höhere Zugangshürden zur Hochschule, so dass immer mehr Abiturientinnen und Abiturienten auf den Ausbildungsmarkt drängen.

Die Europäische Union erwartet von Deutschland eine Neuordnung des Systems der beruflichen Bildung bis zum Jahr 2013. Die Initiativen aus Deutschland hierzu sind noch nicht weit gediehen. Wir Grünen haben dazu Konzepte eingebracht – auch hier im Landtag. Drei Ziele sind für uns entscheidend: Erstens, damit tatsächlich alle Jugendlichen einen berufsqualifizierenden Schulabschluss machen können und auf die Berufswahl vorbereitet werden, braucht es ein Coachingsystem schon in der Schule, mehr und besser gestaltete Praktika in Betrieben und die in Dänemark so erfolgreichen Produktionsschulen. Zweitens, kein Jugendlicher darf nach der Schule verloren gehen oder Warteschleifen drehen. Deshalb ist das duale System durch außerbetriebliche und überbetriebliche Ausbildungsgänge des Staates zu ergänzen, die alle zu einem anerkannten Abschluss führen. Drittens, unser völlig unübersichtliches Ausbildungssystem muss modularisiert werden und besser als bisher Anschluss an die Hochschulbildung finden. Meisterprüfungen z.B. sollen einem Bachelor gleichgestellt werden können.

In Deutschland herrscht jetzt schon Akademikermangel, die Studierendenquote ist im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern zu gering. Studienplätze werden Mangelware, wenn dank geburtenstarker Jahrgänge und verkürzter Schulzeit mehr junge Menschen mit Studienberechtigung ihr Studium aufnehmen wollen.

Seit den 70er Jahren existiert überall in Deutschland – gerade auch seitens des Wissenschaftsministeriums in Schleswig-Holstein – die Mär vom Studentenberg, der nach wenigen Jahren wieder abflacht. Auch der Hochschulpakt I und II gehen davon aus und rechnen explizit mit dem demographischen Wandel. Stattdessen müssen Bund

und Länder mindestens 700.000 Plätze mehr als heute anbieten, um den flächendeckenden Einser-NC, endlose Warteschleifen und Verdrängungskämpfe auf dem Lehrstellenmarkt zu verhindern. Dabei reicht es nicht, allein den demografischen Wandel auszugleichen: Wir brauchen darüber hinaus eine deutliche Erhöhung der Studierendquote, um im internationalen Vergleich mithalten zu können. Bund und Länder müssen daher die dramatische Unterfinanzierung unseres Hochschulsystems überwinden und massiv in mehr Studienplätze sowie bessere Studienbedingungen investieren.

Wir brauchen eine echte Ausbauoffensive für unsere Hochschulen und eine Strategie zum Abbau von Zugangshürden, denn flächendeckende NCs und Studiengebühren verbauen schon jetzt zehntausendfach Hochschulzugänge. Neben dem quantitativen Ausbau und der Öffnung der Hochschulen brauchen wir aber auch dringend Verbesserungen in der Qualität. Derzeit verlässt noch mindestens jeder fünfte Studierende die Hochschule ohne Abschluss.

Um die Lehre an Hochschulen zu verbessern, brauchen wir mehr Lehrpersonal, bessere Aus- und Fortbildung für die Lehrenden und einen Wettbewerb für herausragende und innovative Lehre. Dazu müssen Bund und Länder ein Qualitätspaket für die Lehre vereinbaren.

Die Studienbedingungen haben sich auch durch den so genannten Bologna-Prozess nicht verbessert – im Gegenteil. Die sinnvolle Umstellung der Studienstruktur von Diplom und Magister auf Bachelor und Master hat vielerorts dazu geführt, dass der Lernstoff einfach verdichtet wurde. Aufgabe der Hochschulen ist es, die Studienordnungen zu entrümpeln und wirklich neue Studiengänge zu entwickeln. Dabei müssen Freiräume und Zeitfenster für Praktika und Auslandsaufenthalte bleiben. Auch das Land ist gefordert, genügend Mittel für den höheren Betreuungsaufwand bei Bachelor und Master zur Verfügung zu stellen.

Der Landtag hat zu den Zielvereinbarungen hierzu Leitplanken verabschiedet. Die bisherigen informellen Zwischenergebnisse der Zielvereinbarungsverhandlungen deuten allerdings nicht daraufhin, dass die Regierung sie berücksichtigt.

Die Ernsthaftigkeit des viel beschworenen Bildungsaufbruchs wird sich an den Finanzen entscheiden. Hier zeigt sich, ob die Forderung nach Vorrang für Bildungsausgaben nur ein Lippenbekenntnis ist, oder ob die Weichen tatsächlich richtig gestellt werden. Mehr Geld macht aber nur Sinn, wenn es in effektive Strukturen investiert wird.

Wenn keine Schülerin und kein Schüler mehr sitzen bleiben würde, könnten wir pro Jahr bis zu einer Milliarde Euro einsparen. Die Mittel, die heute für Sonder- und Förderschulen ausgegeben werden, sollten besser in integrative Ganztagschulen fließen. Zwischen drei und vier Milliarden Euro jährlich fließen in das Übergangssystem zwischen Schule und Ausbildung, allein 500 Millionen Euro benötigt die Bundesagentur für Arbeit pro Jahr, damit Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher nachträglich den Hauptschulabschluss erwerben können.

Die Erbschaftssteuer muss so reformiert werden, dass durch ein erhöhtes Aufkommen die Länder zusätzlichen Spielraum für höhere Bildungsausgaben gewinnen. Hierzu hat die Bundesregierung bisher keinen Mut. Die Landesregierung hat hierzu öffentlich nicht gegen gehalten.

Wir wollen außerdem den Solidaritätszuschlag in einen Bildungssoli verwandeln. Denn Bildung ist eine Aufgabe, die Solidarität erfordert, damit alle ihrer Verantwortung nachkommen können. Bis 2019 werden rund 54,5 Milliarden Euro aus dem Solidarpakt frei. Ein Teil dieser Mittel soll die besonders verschuldeten Länder bei ihren Zinslasten unterstützen, damit sie u. a. ihre Aufgaben im Bildungsbereich erfüllen können. Der andere Teil, rund 23 Milliarden Euro, soll direkt der Bildung zugute kommen. Diese Mittel können dann gezielt für bessere Bildung eingesetzt werden. Die Einrichtung eines Bildungssoli macht klar, dass Verbesserungen in der Bildung eine zentrale gesamtstaatliche und gesamtgesellschaftliche Aufgabe sind.

Wir brauchen echte Anreize für zusätzliche Bildungsausgaben. Bildungsausgaben müssen endlich auch als das verstanden werden, was sie sind: Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Die Bundesregierung wirft der Autoindustrie für ihren internationalen Vergleich nicht mehr wettbewerbsfähigen Spritfressern Subventionen durch Steuererleichterungen für die Käufer hinterher – das Geld hätte sie besser in Bildung investiert.
